ZECK

Nr. 129 Nov./Dez. 2005

Toll:



Neue beheizbare Polizei-Container im Wendland erprobt!

Inhalt

Imressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 10 Euro á 3 Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Eigendruck im Selbstverlag

Vorwort

"Fällt wech."

kein scherz, kein fake, original anzeige!:

Live-Jazz in der Nelson Bar

Jeden 1. Samstag im Monat erklingen ab 20.30 Uhr in der Nelson Bar des Kempinski Grand Hotel Heiligendamm jazzige Rhythmen. Genießen Sie einige schöne Stunden bei einem erlesenen Glas Wein, einem köstlichen Cocktail oder einem guten Drink und erstklassiger Live-Musik des Jazz-Trios um Steffen Graewer.

GEGEN DAS GELÖBNIS VORGEHEN! MILITARISMUS BEKÄMPFEN!

Am 12. November 2005 jährt sich zum 250. Mal der Geburtstag von General Gerhard Johann David von Scharnhorst. Scharnhorst galt als preußischer Heeresführer und Einführer der Wehrpflicht in Deutschland. Auch die Faschisten im dritten Reich schmückten sich mit ihm und tauften einen Seeschlachtkreuzer auf den Namen „Scharnhorst". Dessen ungeachtet verehren ihn auch heute noch Personen von der politischen Mitte bis zum rechten Rand gleichermaßen als militärischen Helden. In seinem Geburtsort Bordenau, wo sich eigens das „Scharnhorst-Komitee" als eingetragener Verein hervortut, findet am 12. November zu Ehren des Generals Scharnhorst ein „feierliches Gelöbnis" mit diverser einflussreicher Prominenz statt.

Um eine reibungslose Durchführung des Gelöbnisses und besonders der betuchten Gäste zu gewähren, wird das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mit Füßen getreten, auf dem die Soldaten ihren Eid auf Deutschland schwören sollen. Das heißt im Klartext: Tausende Soldaten, Feldjäger und Polizisten in einem Seelendorf; gerüstet mit der durch das Gesetz gegebenen (perversen) Möglichkeit jeglicher Kontrollen, Drangsalierungen, Überwachungen und verdachtstunabhängiger Überprüfungen...es bedeutet Ausnahmezustand nur weil einige auserkorene Soldaten öffentlichkeitswirksam einen Schwur zur mörderischen Verteidigung der Deutschen Festung ableisten.

Gegen diese fiktive Idylle, einer ungestörten deutschen Heimat im tiefsten niedersächsischen Hinterland, werden wir Widerstand leisten! Wir wehren uns gegen ein vorgefertigtes Leben aus kapitalistischer Ausbeutung, Verwertungslogik und militärischer Unterdrückung, in dem die Bundeswehr ausführendes Organ ist. Es ist ein nicht mehr hinnehmbarer Zustand, bei der immer rasanter werdenden militärischen Aufrüstung weltweit, zusehen zu müssen wie sich gerade Deutschland unter dem Deckmantel einer friedensorientierten „Interventionsarmee" wieder für Kriege bereit macht und sich nach innen und außen für Feldzüge wappnet.

DAMALS WIE HEUTE:
STRAMMSTEHN HEISST UNTERGEHEN!

Antifaschistisches Aktionsbündnis Deister [AAD]

Kapitalismus reloaded

Ist eine internationale Konferenz. Sie fragt nach der neuen Struktur des globalen Kapitalismus, nach Politik und Macht, Produktion und Kämpfen. Sie wird die linken Debatten um Konzepte wie Imperialismus, Empire, Hegemonie und Neoliberalismus miteinender ins Gespräch bringen und anhand dessen Kampflinien und Möglichkeiten des Eingreifens deutlich machen.

Kapitalismus reloaded
Internationale Konferenz
– Imperialismus, Empire und Hegemonie
11. – 13. November 2005 in Berlin
(Infos: http://www.kapitalismus-reloaded.de/)

Aus der Springerpresse

Protest zum G8-Gipfel: Linksextremisten trafen sich auf Uni-Campus

Linksextremistische Gruppierungen zeigen in der Hansestadt verstärkte Aktivität. Auf dem Campus der Universität trafen sich laut Verfassungsschutz kürzlich etwa 200 Globalisierungsgegner, um Protestaktionen gegen den G8-Gipfel 2007 im mecklenburgischen Seebad Heiligendamm vorzubereiten. Zu dem Treffen hatte der deutschsprachige Ableger des internationalen Netzwerkes "Dissent!" eingeladen, das von militant orientierten britischen Globalisierungsgegnern bereits zur Vorbereitung von Protestaktionen gegen das G8-Treffen im schottischen Gleneagles im Juli dieses Jahres gegründet worden war. Nach Erkenntnissen der Verfassungsschützer beteiligten sich an dem Treffen an der Uni Hamburg vorwiegend Aktivisten aus Berlin und Hamburg, aber auch aus der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und Polen. Die Linksextremisten hatten bereits den Anschlag auf das Auto von Werner Marnette, Chef der Norddeutschen Affinerie, Ende Juli unter anderem mit ihrer Kritik am G8-Gipfel begründet.

In der Nacht zu Donnerstag kam es darüber hinaus in der Hansestadt erneut zum gewalttätigen Protest von Linksextremisten gegen den Hotelbau im Wasserturm des Schanzenparks. Er richtete sich gegen eine am Bau beteiligte Spezialfirma und deren Firmenräume in Eimsbüttel. Die Aktivisten ließen die Luft aus den Reifen der Fahrzeuge des Unternehmens, beschmierten Hauswände und Autos mit Farbe und machten Türschlösser mit Sekundenkleber unbrauchbar.

Quelle: Welt 28.10.2005

Lektürekurs Antisemitismus und Veranstaltungen

Im letzten Semester bot Prof. Dr. Rolf Hanisch an der Uni zwei Veranstaltungen an, in denen er sich mit Fragen wie "Sind die Juden selbst schuld am Antisemitismus?"oder auch "Das Lebensrecht Israels? Welches Israel?" beschäftigen wollte und ganz allgemein einen relevanten aktuellen Antisemitismus leugnete. Nach heftigen Protesten von Studierenden und anderen wurden die Veranstaltungen abgesetzt bzw. an einen geheimen Ort verlegt. Da die Uni-Leitung eine Auseinadersetzung mit Hanisch und dessen antisemitischen Inhalten verweigerte, wird in diesem Semester im Rahmen der Freien Hochschule ein Lektürekurs „Theorien des Antisemitismus" angeboten.
Im Seminar möchten wir gemeinsam mit Interessierten Texte lesen und diskutieren, die versprechen, aktuelle Erscheinungsformen wie gesellschaftliche Ursachen des Ressentiments kritisch zu durchdringen.
So wollen wir uns zunächst den klassischen Theorien zum Vernichtungsantisemitismus widmen, um daran anschließend den Begriff des »sekundären Antisemitismus« - eines Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz - zu klären. Über die Auseinandersetzung mit dem linken Beitrag zur Modernisierung des Ressentiments, dem »Antizionismus«, wollen wir schließlich zur Analyse des gegenwärtig zu beobachtenden »neuen« oder »globalen Antisemitismus« gelangen, in dessen Mittelpunkt nunmehr Israel als »Jude unter den Staaten« steht; der statt im Zeichen des "Herrenvolks" im Namen der "Völkerrechte" agiert und dem die Juden allemal verdächtig sind, Zionisten zu sein.
Beginn ist am 26. Oktober, 18.00, im Pferdestall (Allendeplatz 1), im Raum 104. Nach der 2. Sitzung am 2. 11. soll es dann im zweiwöchigen Rhythmus weitergehen, jeweils ca. dreistündig. Es wäre schön, wenn zum ersten Treffen die ersten beiden Thesen der "Elemente des Antisemitismus" aus der "Dialektik der Aufklärung" von Horkheimer/Adorno gelesen wären, damit wir gleich loslegen können. Rechtzeitig zum Seminar wird es einen umfassenden Reader zum Thema (mit Texten von Postone, Jean Améry, Eike Geisel, Alain Finkielkraut u.a.) geben.

Begleitend wird es einige Veranstaltungen geben, die auch unabhängig vom Seminar besucht werden können:
Christine Achinger: Der Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus am Beispiel Otto Weininger (8.11.2005); Matthias Küntzel: Der arabische Antisemitismus und seine deutschen Verbindungen (8.12.2005); Klaus Briegleb: Über den Antisemitismus des Günter Grass (12.1. 2006); Frank-Oliver Sobich: Über Antisemitismus und Antiamerikanismus (Termin steht noch nicht fest).

Weitere Infos, Ort und Zeit unter:
studienbibliothek.org, www.freie-hh.de

Schanzenfest rockt



Am 04.09.2005 fand das jährliche Schanzenfest unter dem Motto „NEVER MIND THE SYSTEM" statt. Bereits im Vorfeld vermittelte die Innenbehörde, dass das Schanzenfest in diesem Jahr nicht stattfinden werde. Entsprechend drangsalierten bereits zwei Tage vorher mehrere Streifenbeamte LadenbesitzerInnen und Kneipen im Schulterblatt, Susannen- und Bartelsstraße. Wer zusätzliche Sachen wie Bänke, Anlagen oder einen Grill aufbaue werde juristisch belangt. Da in diesem Jahr jedoch sogar das „Altonaer Wochenblatt" mitmobilisierte - dieses veröffentlichte zwei Wochen vorher eine Sonderseite zum „tollen Schanzenfest" – liess sich kaum eineR abschrecken und am Festtag selbst bauten zahlreiche Leute ihre Stände bereits ab dem frühen morgen auf. Ab morgens patroullierten allerdings auch Bullen und ein Beamter des Ordnungsamtes durch die Straßen und versuchten Stände zum Wiederabbau zu nötigen. Da sich fast alle weigerten dieser Forderung nachzukommen gaben die Beamten nach einiger Zeit auf. Allerdings wurden noch mehrfach Personalien kontrolliert und damit gedroht Strafgelder zu verhängen.
Nichtsdestotrotz war das Fest nun durchgesetzt und schon am Mittag beherrschte der übliche Trubel die Straßen, welche als bald auch von der Polizei höchstselbst abgesperrt wurden. Lediglich der Aufbau einer Bühne vor der Flora sollte „auf jeden Fall" verhindert werden. Ein Aufbau ziehe einen sofortigen Einsatz der Polizei nach sich. Sollte die Innenbehörde gedacht haben mit einer solchen Drohkulisse erfolgreich zu sein, so hatte sie sich dabei gründlich getäuscht. Die Bühne wurde natürlich und zum Trotz dennoch aufgebaut, was die Einsatzleitung zwar in Raserei versetzte, aber dennoch nicht zum angedrohten Polizeieinsatz führte, da alle Zugänge mittlerweile von BesucherInnen und parkenden Autos verstopft waren. Nun gab die Polizei endgültig auf, machte ein Angebot die Bühne und Musik zu tolerieren wenn Auflagen (die u.a. lauteten) „keine Demos um und für den Wasserturm bis 22 Uhr" und „es darf keine zweite Bühne aufgebaut werden" eingehalten werden und versank bis zum Abend in Lethargie. Auf dem Fest selbst wurden einige Redebeiträge gehalten und verschiedene Initiativen präsentierten sich mit Infotischen. Eine Aktionsgruppe hängte selbstgebastelte Überwachungskameras und zugehörige Texte gegen Videoüberwachung öffentlicher Plätze auf.
Nebenher fand der übliche Flohmarkt und allerlei Musikprogramm statt. Bis zum Abend war das Fest ein großer Erfolg. Trotz massiver Behinderungsversuche konnte das Schanzenfest durchgesetzt werden. Dies gelang vor allem deshalb, weil es gelungen ist die aktuellen Entwicklungen im Schanzenviertel strategisch aufzugreifen und statt auf eine identitäre „Autonomenveranstaltung", auf eine breite Beteiligung aller Leute, die sich in der Schanze aufhalten, zu setzen.

Die Ordnungskräfte meldeten sich erst wieder zum Ende des Festes zurück. Das übliche Ritual des Lagerfeuers auf der Straße startete den mittlerweile üblichen und von der Polizei eingespielten Polizeieinsatz. Innerhalb relativ kurzer Zeit war das gesamte Schulterblatt eingegittert und bis auf einige Scharmützel am Rande hatte die Polizei alles im Griff. PiazzabesucherInnen erfreuten sich ebenso wie einige Autonome an der Kulisse und fühlten sich sehr urban. Bei einer Aktion am Rande wurde im Laufe der Nacht dabei noch ein Müllcontainer so dämlich angezündet, das ein nebenstehendes Gebäude, in dem eine Moschee untergebracht ist, schwere Rauchschäden zu beklagen hatte. Ein solches hirnrissiges und gefährliches Handeln, kann nur kritisiert werden und spricht Bände für die Sinnlosigkeit des abendlichen Spaßkrawalls. Dass das einstmals von der Polizei eröffnete Ritual des Krawalls nach dem Fest mittlererweile von immer mehr Leuten aufgegriffen und als der eigentliche Sinn des Straßenfestes verstanden wird, ist dabei vermutlich der größte Erfolg für die Polizei an diesem Tag.

r.bakun

Pornokino B-Movie

Schon einmal überraschte das angeblich alternative Kino B-Movie in der Brigittenstraße mit einem suspekten Programm. Damals entdeckte eine Frau aus Berliner Zusammenhängen das Werbeplakat für eine SM-Veranstaltung des B-Movie in dem Tatoo- und Piercing-Laden am Neuen Pferdemarkt: eine nackte Frau mit verbundenen Augen am Boden gefesselt in einer herabwürdigenden Haltung. Von Lust war bei dieser Folterdarstellung nichts zu erkennen. Die Besucherin im besagten Tatooladen riss das Plakat ab, woraufhin der scheinbare Inhaber des Ladens die Bullen rief und die Frau bis zu deren Ankunft fest umklammert hielt. Die Frau bekam eine Anzeige wegen Sachbeschädigung. Dieser Vorfall wurde im benachbarten politischen Kulturzentrum B5 bekannt, mit dem sich das B-Movie aus hausorganisatorischen Gründen die Toilettenräume teilt. Trotz der Aufforderung der B5 an das B-Movie, die dubiose SM-Veranstaltung mit Live Act abzusagen, hielt sich das Kino nicht an die Vereinbarung. Lediglich der verhältnismäßig hohe Eintrittspreis fiel weg, auf den Vorwurf hin, das Kino wolle mit seiner Veranstaltung Profit rausschlagen.
Ein paar Monate später, im Oktober 2005, folgte nun eine Pornofilmreihe aus den 70er Jahren. Im Programmtext heucheln die KinomacherInnen zunächst ein pseudowissenschaftliches Interesse an der Filmgeschichte vor:
„Hier geht es nicht um Sex angucken, auch wenn davon eine Menge in den Filmen zu sehen ist. Hier geht es um eine ganz bestimmte Zeit, 1972 bis 1975, in der Pornos, (ausgehend von dem bahnbrechenden Erfolg von Deep Throat) auf einmal schick wurden ..."

Nach dieser Einführung geht es dann doch um die „sexuelle Revolution", um einen „sexuellen Befreiungsschlag und einen Appell an mehr Spaß und Offenheit im Sexleben". Außerdem hätten „fast alle der großen New-Hollywood-Regisseure im B-Sex-Movies-Sektor angefangen". Das B-Movie schreibt, dass es im Oktober „die Kulturrevolution des Pornokinos" untersuchen will. Und zum Schluss heißt es beim B-Movie diesmal nicht „Viva Bambule", sondern „Viva sexuelle Revolution!" mit der Bitte, die Sitze sauber zu lassen, die anscheinend beim Untersuchen der Filmgeschichte etwas abbekommen könnten...

Was will nun das B-Movie?
Uns den Kiez nahe bringen, den Kiez erweitern oder mit der Ware Sex mehr Geld verdienen?
Dass das ganz gut zu laufen scheint, zeigt ja das Titelblatt jeder zweiten Zeitschrift im Kiosk. Die Ware Frau, die Mann nackt durch ein Schlüsselloch (vgl. B-Movie- Programm) zu sehen kriegt, versucht das B-Movie originell-pikant zu verpacken. Vielleicht lässt sich so im patriarchialen Mainstream konkurrieren.

Nun, Pornofilme sind nichts Besonderes – der Kiez ist voll davon und auch jede Videothek. Das besonders Dreiste ist, dass das B-Movie, das aus einem linken Projekt hervorgegangen ist und an dem jahrzehntelange feministische Aufklärung ja nun nicht ganz vorbeigegangen sein kann, versucht, den Kram als sexuelle Revolution, Kulturrevolution, Befreiung, zu verkaufen, um Pornofilme bis in die linke Szene salonfähig zu machen. Wenn es sich wenigstens nur wirklich um sexuelle Freiheit in den von B-Movie angepriesenen Filmen handeln würde ...
ider suhlt sich aber das Kino im tiefsten patriarchialen Sumpf und will uns einen abgestandenen Dreck verkaufen, der Frauen zu gratis-Huren deklariert, die nicht nur jeder Zeit zu allem bereit sind, was sich Männer an sexueller Dienstleistung wünschen könnten, sondern die dabei noch auf absurdeste Weisen, bei jedem „Blow-Job" (B-Movie) usw., einen Orgasmus bekommen. Und wenn es nicht mal anatomisch passt, dann wird sich eine billige Geschichte ausgedacht, die Klitoris einfach in den Rachen verlegt, damit es irgendwie – auch wenn nur schlecht als recht – doch noch passt. Solche aufgewärmten patriarchalen Ergüsse, denen B-Movie so wehmütig nachhängt, führen – wie sich ein erwachsener zurechnungsfähiger Mensch denken kann – weder zu harmonischen sexuellen und Geschlechter-Beziehungen, geschweige denn zu einer sexuellen Befreiung, Spaß beim Sex, sexueller Offenheit etc – erst recht nicht für Frauen.

Untersuchen wir beispielsweise den von B-Movie besonders angepriesenen Film Deep Throat (übersetzt: tiefer Rachen!) mit dem „bahnbrechenden Erfolg" von 1972, dann stoßen wir nicht nur auf eine besonders widerlich-dümmliche Mackerphantasie von einer Frau, die einen ganzen Schwanz in den Rachen stecken kann ohne zu würgen, außerdem noch ihre Klitoris im Rachen hat und deshalb nur auf diese Weise einen Orgasmus bekommen kann. B-Movie schreibt: *„...dass Linda vielleicht die einzige Frau ist, die beim Blow-Job vor ihm kommen kann... wenn sie nur lernt ihre Kehlenmuskeln zu entspannen"*.
.Weiter im Text zum Film begeistert sich das B-Movie für diesen Porno als einen der erfolgreichsten Filme der Filmgeschichte, der über 100 Millionen Dollar einbra--chte, ohne jedoch in dieser „Untersuchung" zu erwähnen, dass dieser horrende Profit auf Kosten einer sexuell misshandelten, vergewaltigten, verprügelten Frau gemacht wurde.
Linda Lovelace, die Hauptdarstellerin, verdiente, wie sie in ihrem autobiografischen Buch „Ordeal" (1980) schreibt, keinen Cent an diesem Film. In ihrem Buch beschreibt sie, wie ihr Ehemann Chuck Traynor sie *„zu Prostitution und Pornographie zwang und sie systematisch misshandelte, erniedrigte und mit Mord bedrohte. [...] In dem Buch betont sie, dass jedes Mal, wenn jemand den Film Deep Throat sieht, er jedes Mal ihre Vergewaltigung mitsieht. Wer ihren Körper im Film näher betrachte, könne die blauen Flecken von Traynors Schlägen sehen. "1*
Linda Lovelace war nur die berühmteste einer Reihe von Frauen, die öffentlich über ihre Viktimisierung durch Pornografie ausgesagt haben. Ihre Veröffentlichung führte zu einer Protestwelle der Anti-Porno-Bewegung aus feministischen Zusammenhängen in den USA, der sie sich später anschloss.
Hier zeigt sich Pornografie nicht als sexuelle Befreiung, wie das B-Movie versucht vorzugaukeln, sondern als sexuelle Versklavung. Der Kommentar des B-Movie zu diesem Film ist eine bodenlose Verhöhnung und Beleidigung der Opfer sexualisierter Misshandlungen: *„Auch war und ist Deep Throat ein Film, der das Recht auf Freie Liebe propagiert und Mann und Frau sexuelle Befriedigung freundlich und freizügig zugesteht". (B-Movie)*

Ein Kino, das sexuelle Unterdrückung und Ausbeutung als freie Liebe und sexuelle Befriedigung verkleidet, hat in unseren Vierteln und in der linken Szene nichts zu suchen! Lasst uns das B-Movie auf den Kiez verjagen – da, wo es hingehört!

Weg mit den B-Movie- Programm Ständern! B-Movie raus aus dem Viertel!
Für eine sexuelle, politische und kulturelle Befreiung, die ihrem Namen gerecht wird!!!

Feministische Aktion

1 Selwyn, Pamela: Bürgerinnenkrieg. Die Pornographie-Debatte in der US-Frauenbewegung. In : Die alltägliche Wut. Gewalt Pornografie Feminismus. Elefanten Press, 1987

Think over the Revolution

Gegen Umstrukturierung und Repression! Gegen Ausbeutung und Vertreibung!

Am19.11.05 wollen wir mit einer gemeinsamen Demonstration durch St. Pauli und das Schanzenviertel den Protest gegen das Hotel im Wasserturm mit anderen Widerständen gegen das Konzept der wachsenden Stadt verknüpfen. In diesem Rahmen wollen wir auch gegen den Naziladen in der Talstraße 17 demonstrieren. Dieser existiert seit einigen Monaten, trotz anlaufender Proteste, weitgehend unbehelligt. Wir wollen dazu beitragen dies zu ändern. Organisiert die antifaschistische Selbsthilfe - Keine Toleranz für Faschismus, Rassismus und Antisemitismus auf St. Pauli und anderswo.

Das Leben wird schwieriger, seit der Senat unter dem wohlklingenden Titel einer "wachsenden Stadt" Hamburg umwälzt. Sämtliches Leben wird der Ökonomie untergeordnet. Das bedeutet, "ungestörtes Shoppen" in gediegenem Ambiente am Tag, "gepflegte Unterhaltung" am Abend, für die, die es sich leisten können. Das bedeutet, Luxushotels und Elbphilharmonie, Messeneubau und Hafencity – für die Wohlhabenden und Honoratioren, für Prominente und Investoren, die die Stadt gewinnen will. Auf der Strecke bleiben dabei alle, die am anderen Ende der sozialen Hierarchie stehen: Ausgrenzung und Vertreibung sind längst zu ihrem Alltag geworden. Aber von Lohnkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Sozialstreichungen sind sehr viele mehr betroffen. Für zunehmend mehr

Menschen ist eine ungesicherte Existenz zu einem Bestandteil ihres Lebens geworden.

Der Wasserturm im Schanzenpark wird zu einem teuren Hotel für finanzstarke TouristInnen und Geschäftsleute umgebaut. Dieses Bauvorhaben verschärft durch die solventen Gäste, die angelockt werden sollen, noch einmal einen Prozess, der schon seit Jahren das Schanzenviertel verändert: Der ärmere Teil seiner BewohnerInnen wird allmählich durch höhere Mieten und anziehende Preise verdrängt. Der Schanzenpark soll den Begehrlichkeiten der Hotelbetreiber ausgeliefert werden. Diese letzte Grünfläche in der Gegend würde dann nicht mehr wie bisher genutzt werden können. Die jetzigen Platzverweise und Nutzungsverbote sind ein Vorgeschmack darauf.

Die Räumung der Bauwagenplätze Bambule und Wendebecken beweist: Der Senat kann es einfach nicht ertragen, dass Menschen anders leben als nach der gängigen Norm. Für sie ist kein Platz in der Stadt vorgesehen. Die Zahl der Bauwagenplätze ist von einst 13 auf 5 geschrumpft. Zur Zeit werden auslaufende Platznutzungsverträge bis Ende 2006 verlängert, weil der Senat Ruhe während der Fußball-WM haben will – das ist das einzige, was er von den heftigen Auseinandersetzungen um den Wagenplatz Bambule gelernt hat. Die Kurzzeitverträge bestimmen, dass niemand neu zuziehen darf, was zu einer allmählichen Austrocknung der Plätze führen muss.

Aus den Einkaufszentren und aus der City werden BettlerInnen und Obdachlose, Heroinabhängige und AlkoholikerInnen vertrieben. Sie störten – so stellte schon ein sog. "Bettlerpapier" des einstigen rot-grünen Senats fest – das Wohlgefühl beim Einkaufen und müssten daher verschwinden. Auch Punks sind davon massiv betroffen. Zuletzt wurde versucht, sie polizeilich aus Ottensen zu vertreiben, da der Stadtteil sich zu einem "Erlebnis- und Gastronomieviertel" entwickelt habe. Und wo es ums Geldverdienen geht, muss alles, was stört weg, so die Logik. DrogenkonsumentInnen werden ständig noch weiter an den Rand gedrängt. Ihre Treffpunkte werden polizeilich aufgelöst, sie selber von einem Stadtteil in den nächsten gejagt. Junkies sollen unsichtbar werden, als wäre damit das Problem ihrer Drogenabhängigkeit gelöst. Für Hilfeprojekte werden währenddessen die Gelder zusammengestrichen. So musste bereits Ende 2003 der Fixstern im Schanzenviertel schließen. Die massiven Sozialstreichungen, die als Agenda 2010 und Hartz IV bekannt sind, stellen die heftigsten Angriffe auf das Auskommen von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen seit Bestehen der Bundesrepublik dar. 345 Euro monatlich sollen ihnen jetzt zum Leben reichen, wessen Miete oberhalb einer willkürlich gesetzten Summe liegt, muss umziehen, und mit den 1-Euro-Jobs werden Menschen einem bisher nicht gekannten Arbeitszwang unterworfen. Schikanen bei der Arbeitsagentur gehören genauso zum Leben eines Arbeitslosen wie die komplette Offenlegung seiner Lebensverhältnisse. Aus Angst, auch in diese Maschinerie zu geraten, sind immer mehr Menschen bereit, Arbeit zu schlechten Bedingungen und geringen Löhnen anzunehmen. Dadurch gehen Löhne und Gehälter insgesamt nach unten. Die 1-Euro-Jobs werden reguläre Arbeitsplätze ersetzen.

Für die Gesundheitsleistungen müssen alle immer tiefer in die Tasche greifen – seien es Zuzahlungen zu Medikamenten, Krankenhausgelder oder die Praxisgebühr. Gerade wurde der Landesbetrieb Krankenhäuser an einen Privatinvestor verscherbelt. Lohnsenkungen und höhere Arbeitsbelastung für die Beschäftigten, schlechtere Versorgung für KassenpatientInnen werden die Folge sein. Auch die Renten sinken durch sog. "Nullrunden" oder die Einführung der Rentenbesteuerung. Ziel ist es, ArbeitnehmerInnen zu zwingen, sich zusätzlich privat zu versichern – der Versicherungsbranche wurde damit ein ungeheurer Reibach zugeschoben. Für den Besuch von Kindertagesstätten werden mehr Gebühren erhoben bei gleichzeitiger Senkung der staatlichen Finanzierung, wodurch die Betreuung der Kinder erheblich verschlechtert wird. Die Lernmittelfreiheit ist abgeschafft worden, d.h. Eltern müssen für ihre Kinder jährlich 50 Euro Büchergeld bezahlen. An den Universitäten sollen Studiengebühren eingeführt werden, was dazu führen würde, dass ein begütertes Elternhaus Voraussetzung für ein Studium ist, denn auch das BaFöG wird immer mehr zusammengestrichen und ist nur noch für wenige erreichbar. Zugleich baut der Senat sog. "Eliteunis" aus, die von vornherein durch Studiengebühren finanziert werden sollen.

All diese Belastungen und Einschränkungen haben ein und dieselbe Ursache: Alles, aber auch wirklich alles, soll auf das kapitalistische Ausbeutungsverhältnis zugeschnitten werden. Für alles andere soll kein Geld zur Verfügung stehen. Und alle, die dabei stören, sollen verschwinden. Deshalb wird an Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, an Hilfsprojekten und Bildung gespart. Deshalb sollen Arme und alle, die von der Norm abweichen, an den Stadtrand verdrängt werden, damit die städtischen Zentren reine Einkaufsmeilen werden. Menschen werden in diesem neoliberalen Weltbild ausschließlich über ihre Nützlichkeit definiert und wo das Urteil darüber negativ ausfällt, als Störfall behandelt. Auf der anderen Seite sollen mit noblen Hotels oder der Elbphilharmonie, mit gediegenen Einkaufsmöglichkeiten und glamourösen Amüsiervierteln gut zahlende Gäste und Investoren nach Hamburg gelockt werden. Durchgesetzt werden soll das von einer rigide durchgreifenden Polizei und zunehmend auch mithilfe privater Sicherheitsdienste. Hamburgs neues Polizeigesetz gilt als das schärfste Deutschlands. Hamburg schiebt die meisten Flüchtlinge ab – auch in Kriegsregionen. Vermeintlichen Drogendealern werden Brechmittel verabreicht, die bereits in 2 Fällen zum Tode führten. Jedes Aufbegehren gegen die Hamburger oder die Bundespolitik soll unterbunden werden. So wird Demonstrationen immer öfter der Weg durch die Innenstadt versagt, so sind Polizeispaliere auf Demos fast die Regel geworden. Persönliche Freiheiten will der Senat nicht mehr gewähren, wo sie dem neoliberalen Wettbewerb, der internationalen Konkurrenz der sog. "Standorte", entgegenstehen. Ein autoritärer Staat formiert sich.

Aber es formiert sich auch an vielen Stellen Widerstand gegen diese Politik. In den letzten Jahren haben die Proteste gegen die unsoziale Politik von Bundesregierung und Senat deutlich an Fahrt aufgenommen. Es sind wieder mehr geworden, die sich ihre Ausgrenzung und Entrechtung, ihre Verurteilung zu einem Leben mit harter Arbeit und dünnem Lohn nicht mehr gefallen lassen wollen. Wir denken dabei an die bundesweiten Großdemonstrationen gegen Hartz IV, die Hamburger Demos gegen die Kürzungen bei den Kitas oder die Einführung von Studiengebühren, den sozialen Ungehorsam bei der Verweigerung des Schulbüchergeldes. Und natürlich an die kämpferischen Demos gegen die Räumung von Bauwagenplätzen und die Umwandlung des Wasserturms in ein Luxushotel, die eigenständigen linksradikalen 1. Mai-Demos und an die Aktion "Agenturschluss" gegen Hartz IV. Wer etwas verändern will, darf sich nicht auf das Treiben von PolitikerInnen, Parteien und Parlamenten verlassen. Es ist notwendig, eine außerparlamentarische Bewegung zu entwickeln. Es ist notwendig, sich dabei auf die eigenen Stärken zu konzentrieren und sich mit allen

zusammenzutun, die etwas ähnliches wollen.
Obwohl Polizei und Justiz darauf mit Knüppeln, Personalienfeststellungen und Festnahmen, Hausdurchsuchungen und Verfahren, Geldbußen und Strafbefehlen reagieren, wehren sich die Betroffenen weiter. Das Wissen, im Recht zu sein, die Hoffnung auf eine andere, eine bessere Gesellschaft ist ihr Antrieb. Wir sehen uns als ein Teil all dieser Bewegungen. Wir wissen aber auch, dass es nicht ausreicht, bei den einzelnen Schweinereien, die wir oben aufgezählt haben, zu verharren. Es gilt, die Ursache der ganzen Misere zu beseitigen. Das kapitalistische Gesellschaftssystem, in dem nur die Erwirtschaftung von Gewinnen zählt, in dem Menschen als "Ware Arbeitskraft", die es abzuschöpfen gilt, vorkommen, muss abgeschafft werden.
Kapitalismus abschaffen!
Für ein besseres Leben!
Bündnis gegen Umstrukturierung

Demo:

19.11.05, 14 Uhr, U-Bahn Feldstraße

Veranstaltungsreihe:

Dienstag 01.11.05
Vom Protest zum Widerstand?
StudentInnenproteste und Repression im Sommer 2005. Veranstalter: AStA Uni Hamburg
18.00 Uhr - Uni-Hamburg Philturm Hörsaal E

Dienstag 01.11.05
Neues Polizeigesetz und das § 129 Verfahren gegen den Wasserturmwiderstand
Mit Infos zum aktuellen Stand der Verfahren von Rote Hilfe Hamburg und Antirepressionsgruppe Wasserturm. 20.00 Uhr - Brigittenstraße 5

Mittwoch 02.11.05
Eine Baustelle ist noch kein Hotel!
Wie steht es um den Kampf gegen das Hotel im Wasserturm? Gibt es noch Perspektiven gegen die vorangeschrittene Umstrukturierung im Stadtteil? 19.00 Uhr – Schule Ludwigstrasse (Achtung: **nicht** in der VHS!)

Mittwoch 16.11.05
Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu Demokonzept und aktuellem Stand!
Die Demo soll anders als üblich verlaufen - Alle die mehr wissen wollen, sollten vorbeischauen.
20 Uhr - Rote Flora

Donnerstag 17.11.05
Hartz geht weiter!
Zwangsarbeit, Kürzungen, Schikanen auf dem Amt - durch Lohnsenkung und Verarmung soll der Standort saniert werden. Und wo bleibt der Widerstand? 20 Uhr - MTZ, Lindenallee 72

Donnerstag 1.12.2005
Autorität, Repression, sozialer Widerstand! Was kommt nach Hartz IV und neuem Polizeigesetz? Diskussionsveranstaltung mit Gruppe commode, Gruppe Neben der Spur, u.a. 19.30 Uhr Ganztagesschule St. Pauli – Bernhard-Nocht-Straße 13

Castoralarm 19.-22.11.2005
Ausstieg lieber nie als gar nicht?

Wenn mensch sich die aktuelle Energiepolitische Debatte in den Medien betrachtet, könnte mensch glatt auf die Idee kommen, die SPD hätten sich zur ärgsten Gegnernerin der der Atomanlagen in der brd gewandelt. Doch bei Lichte betrachtet geht es bei der Medialen Inszenierung um reine Industriepolitik, und die Frage versprechen sich die Akteuere mehr von einem Kohlekraftwerksneubau oder möchten sie doch noch ein paar Jahre länge die abgeschriebenen AKW melken. Um die Gefahren des Betriebes von Atomanlagen geht es mit Sicherheit nicht, denn entweder sind die Atomanlagen gefährlich (was sie sind), dann müßten sie sofort abgschaltet werden, oder sie sind weitgehend harmlos und könnten dann bis zum St.Nimmerleinstag betrieben werden. Alle anderen Antworten wie beispielsweise noch 10, 20 oder 30 Jahren Weiterbetrieb sind nicht nur unlogisch sondern zynisch. Denn Tag für Tag werden in den Uranabbaugebieten riesige Flächen mit dem radioaktivem Abbraum der Uranförderung verseucht (nur 20 % der Radioaktivität landet im Brennstab). Tag für Tag werden radioaktive Abwässer durch die WAAs LaHague und Sellafield in die Irische See geleitet, schon heute ist die effizienteste Methode Strömungen im Atlantik zu Messen das Verfolgen der Isotopenfahnen der beiden Anlagen. Danneben liegen die Leukämieraten im Umfeld der Anlagen weit über den Länderdurchschnitten. Tag für Tag wird weiterer Atommüll produziert von dem kein Mensch weis wohin, und vor allem nicht wie dann garantiert werden kann das in den kommenden 100.000 Jahren kein Mensch auf die Idee kommen kann an der entsprechenden Stelle zu bohren. Die beiden bisherigen Endlagerversuche in der brd sind kläglich gescheitert, das Endlager Asse 2 bei Braunschweig säuft aktuell ab, das ehemalige ddr Entlager Morsleben muss notverfüllt werden, bevor es zusammmenbricht.
Die Forderung nach der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen weltweit ist die Konsequenz aus diesen Verhältnissen. Sie ist nicht radikal, die Verhältnisse sind es. Tatsache ist das der „Normalbetrieb" der Atomanlagen einem Störfall gelichkommt. Daher bleiben alle Massnahmen hinter dem eigentlich erforderlichen Tempo zurück, denn kein einziger Betriebstag der Atomanlagen ist akzeptabel. Jede Debatte um Restlaufzeiten trägt dazu bei, die täglichen Opfer der Atomenergie gegen Konzerninteressen bzw. „volkswirtschaftliche Sachzwänge" aufzurechnen. Swchon das Aufmachen dieser Rechnung und nicht ihr vermeidlich falsches Ergebniss (Restlaufzeiten) ist der menschenverachtende Zynismaus hinter den Verhandlungen über Konsens vs. Neubau.
Dieses Unsichtbarmachen, dieses Leugnen der Existenz Betroffener ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, gegen die die Anti-Atom-Bewegung angeht, dieses Jahr vor besonders in der Zeit vom 19.22.11 im Wendland.

Mahnwache zum Tod Sebastien Briarts am 7.11.2004
7.11.2005 Bahnhof Altona

Sebastien Briart wurde am 7.11.2004 getötet als er sich dem Atomstaat in den Weg stellte. Ein Castortransport überrollte ihn nahe der französischen Stadt Avricourt. Da er eine Verspätung aufholen sollte fuhr der Zug zu schnell um noch bremsen zu können. Atomtransporte sind unbedingter Bestandteil des Normalbetriebes von Atomanlagen. Sebastien starb bei dem Versuch in diesen Normalbetrieb einzugreifen.
In seinem Sinne: Organisieren wir weiterhin die notwendigen Eingriffe in den Gesellschaftlichen Normalbetrieb!

Daher:
Kommt zum Scheunencamp Metzingen
Organisiert Euch in Bezugsgruppen, bringt Euch in die Plenumsstrukturen ein bis denne!

Normalbetrieb

Am 16.9. 05 wurden die Atommülltransporte aus Krümmel vorläufig ausgesetzt, nachdem 5 von 8 transportierten Behälter in Gorleben verstrahlt ankamen.
Die gemessenen Werte an der Außenwand der Transportbehälter waren bis zu sechsmal höher als zulässig. Bei

den Behältern handelt es sich um so genannte Mosaik-Behälter, dickwandige Gussbehälter von eineinhalb Metern Höhe und rund einem Meter Durchmesser.

Quelle: Indymedia

Nun hat unlängst das Bundesumweltministerium (BMU) die lange bekannte Tatsache bestätigt, dass Gorleben kein geschlossenes Deckgebirge als zweite geologische Schutz-Barriere über dem Salzstock besitzt. In einer Veranstaltung der BI Lüchow Dannenberg "Warum Gorleben weiter erkunden" Anfang September kommentierte der Geologe und Ex-AKEnd-Mitglied Detlev Appel diesen Fakt treffend: "Ein Salzstock ohne Deckgebirge ist kein Salzstock". Selbst die bundeseigene "Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe" (BGR) hat in einem Aufsatz zur "Süß-/Salzwasserverteilung im Deckgebirge des Salzstocks Gorleben" aus dem Januar 2003 bestätigt, dass es "aufgrund lokal erhöhter vertikaler Durchlässigkeiten innerhalb des Lauenburger Tones zu einem vertikal gerichteten Aufstrom von Salzwässern aus der Gorlebener Rinne in das obere Aquifersystem" komme. Und "Diese Salzwässer gelangen in den Grundwasseraufstromgebieten der Elbeniederung in verdünnter Form bis in den oberflächennahen Grundwasserleiter" (nachzulesen bei http://www.bgr.de/b1hydro/index.html?/b1hydro/fachbeit

Quelle: Indymedia

Bewegung

Am 28.9.05 gab es im Wendland eine spontane und extreme Klimaerwärmung, mit deren Ausmaß selbst sog. amerikanische WissenschaftlerInnen nicht gerechnet hatten.
Bei einem recht umfangreichen „Lagerfeuer", brannten rund 130 Wohncontainer für Polizeibeamte nieder. Der Sachschaden beläuft sich auf rund 3 Mio. Euro, die LogistikerInnen der Polizei müssen nun Platz für 500 Beamte an einem anderen Ort finden. Die Anlage in Woltersdorf bei Lüchow ist Teil eines immer dichter werdenden Netzes von Polizeiinfrastruktur im Wendland, daß still und leise in den vergangenen 10 Jahren aufgebaut wurde.
Da die Türen der Container wohl von innen verkeilt waren, sah sich die Feuerwehr außerstande mehr zu tun als die brennenden Container von außen zu kühlen, was sie dann wohl auch den ganzen Vormittag über tat.

Quelle: Indymedia, Polizeidirektion Lüneburg

Weitere info im Netz
Gruppe Sand bei Nadir.org (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/sand/)
Bi-Lüchow Dannenberg (http://www.bi-luechow-dannenberg.de/)
Anti Atom Aktuell (http://www.anti-atom-aktuell.de/)

die passende Karte ist: Topographsche Karte 1:50000 Naturpark Elbufer Drawehn

Castorpolizeicontainer im Wendland abgebrannt

Auf dem Gelände der ehemaligen Nazi-"Üfest" (Übersee-Funk-Empfangs-Station) nahe Woltersdorf bei Lüchow wurden in den letzten Jahren Polizeicontainer aufgestellt, um zehntausende Beamte während der CASTOR-Transporte ins Wendland unterbringen zu können. Am heutigen (28. 9. 05)morgen gegen 7.00 Uhr gingen die nicht besetzten Unterkünfte für etwa 500 Polizisten vollständig in Flammen auf. Derzeit werden die Container per Kran Stück für Stück abgeräumt. Die Polizei geht von einem Sachschaden von mehr als 3 Millionen Euro aus, und muß nun sehen, wo sie schnell Ersatz herbekommt.
Im gesamten Landkreis Lüchow-Dannenberg verteilt sind auf zehn Jahre fest angemieteten Flächen Hunderte weiterer Dauer-Wohncontainer aufgebaut.
Bereits vor vier Jahren (23. 10. 2001) war auf die neu erbaute Castor-Schienen-Brücke bei Seerau ein Brandanschlag verübt worden. Damals mußten viele Teile der Brücke erneuert werden, der Transporttermin wurde dennoch eingehalten. Seitdem ist die Brücke bereits wochenlang vor den CASTOR-Transporten mit Nato-Draht abgesperrt und wird von BGS-Beamten in dort aufgestellten Containern bewacht.

Ballmann 7 – eine ganz normale Kneipe?

Seit über drei Monaten finden in der Kneipe „Ballmann 7" im Schülperbaum am Exerzierplatz in Kiel hauptsächlich an den Wochenenden Treffen von 15 bis 30 Neonazis statt. Seitdem kam es aus der Kneipe heraus immer wieder zu Übergriffen auf PassantInnen.
Auf den „Ballmann 7" aufmerksam wurden Kieler AntifaschistInnen erstmals durch den Angriff von etwa 15 zum Teil mit Knüppeln und abgebrochenen Klaschenhälsen bewaffneten Faschoschlägern auf eine Gruppe alternativer Jugendlicher. Diese gingen an der Kneipe vorbei und wurden teilweise brutal verprügelt, dass längerer Krankenhausaufenthalt notwendig war. Die Angreifen kamen aus der Kneipe „Ballmann 7" und verschwanden nach dem Übergriff auch wieder in dieser.
Zu einem weiteren Angriff kam es in den Morgenstunden des 09. Oktober, als eine Gruppe linker KonzertbesucherInnen auf dem Nachhauseweg vor dem „Ballmann 7" unter anderen von der Tresenkraft auf der Straße beschimpft und schließlich von Nazis zusammengeschlagen wurden. Die Schläger wurden von der Tresenkraft per Handy gerufen.
Darüber hinaus kam es nahezu jedes Wochenende zu größeren Neonazi-Ansammlungen im „Ballmann 7", die PassanInnen bepöbelten und angreifen oder den Exerzierplatz mit menschenverachtenden Parolen und Neonazimusik beschallten.
So war unter anderem in der Nacht des 17. September ein Lied der gerichtlich als Kriminelle Vereinigung verbotenen Naziband „Landser" über die Kreuzung zu hören, welches sich positiv auf den Nationalsozialismus und seiner „Rassenlehre" bezieht und in den Strophen gegen Punks, Homosexuelle und KommunistInnen hetzt.
Das Stampublikum der Kneipe trägt eindeutige Neonazikleidung, wie z.B. T-Shirts der Neonazikneipe „Club 88" in Neumünster, deren Aufkleber auch im Eingangsbereich des „Ballmann 7" klebten.
Nach eigener Aussage haben sich die Neonazis die Kneipe bewusst als Treffpunkt ausgesucht, um in der Kieler Innenstadt Präsenz zu zeigen. Die BetreiberInnen des „Ballmann 7" haben offensichtlich kein Problem damit an FaschistInnen ihr Bier auszuschenken und lassen sie in ihren Räumen gewähren, spielen ihre Musik und zeigen sich empört über antifaschistische Proteste dagegen.
So war die Reaktion der Kneipenbetreiberin auf ein öffentliches Bekanntmachen der Kneipe als Neonazitreff bei einer Kundgebung am 12.10.2005: „Klar kommen hier die Rechten rein!".



Antifa reLOADED

An dieser Stelle wird ab jetzt regelmäßig was rund ums Thema Antifa erscheinen. Der jetzige Beitrag ist wegen der Vorbereitung zu Göttingen knapp und befasst sich nur mit der letzten Antifa Demo in Harburg. Eine Auswertung und ein Ausblick über die Kampagne „Stadt, Land, Fluss - KEIN Raum den Nazis“ wird demnächst folgen.
In diesem Sinne: NO COPS- NO NAZIS!

Eure autonome Antifa

HARBURG, 22.10.06 Antifa-Demo der Kampagne „Stadt, Land, Fluss - KEIN Raum den Nazis“:

Die Demo war der Höhepunkt der Kampagne, in dessen Verlauf vier Harburger Nazikader geoutet und mehrere Büchertische und Veranstaltungen durchgeführt wurde. *Ein Reader der sich ausführlich mit den Harburger Nazistrukturen beschäftigt liegt im Schwarzmarkt aus.* Wie oben bereits geschrieben wird ein ausführlicher Bericht über die Kampagne folgen.
Die Harburger Nazis rund um Hohensee, Försterling und dergleichen meldeten unter dem Motto: „Stadt, Land, Fluss - Ihr spielt mit dem Feuer“ am 22.10 für 16.00 Uhr eine Gegendemo zur Antifademo an. Anfangs sollte diese auf dem Festplatz „Schwarzenberg“ stattfinden, wurde dann aber aus „Sicherheitsgründen“ zum Harburger Bahnhof verlegt.

Die Antifademo war mit ca. 450 DemonstrantInnen gut besucht und trotz der häufigen Schikanen der Bullen (so mussten dreimal die Auflagen verlesen werden, die Büttel stoppten zweimal die Demo wegen angeblicher Verstöße gegen die Auflagen) kraftvoll und souverän. Es wurden Redebeiträge zu den Harburger Nazistrukturen, Geschichtsrevisionismus (Kriegsdenkmäler), Antirepression (rote Hilfe) verlesen. Leider sind zwei Festnahmen und ca. 55 Aufenthaltsverbote zu beklagen. Das ist zwar für Hamburger Verhältnisse relativ gering, aber nicht weniger zum kotzen (remember: ACAB). Im Anschluss an die Demo wurde in größeren Gruppen versucht an die Naziroute ranzukommen, was das martialische Bullenaufgebot von ca. 500 Bütteln und mindestens 2 Wasserwerfern größtenteils verhindern konnte (remember: NO COPS; NO NAZIS). *Eine Diskussion um antifaschistische Interventionspraktiken im Angesicht solcher Bullenaufgebote sollte dringend geführt werden.*

Die Nazidemo war mit ca. 100 Nazis viel zu gut besucht. Als Redner traten neben Hohensee selbst auch Daniel Gräf (KDS Celle), Sascha Krolzig (Hamm) und Hans-Gerd Wiechmann (Ex-Landesvorsitzender der REPs in Niedersachsen, jetzt NPD-Lüneburg) auf. Gekommen waren neben Neonazis aus Harburg und Umgebung u.a. auch Kameraden aus Hamm, Bremen, Celle und Lüneburg. Auch Mitglieder der Hamburg und Harburger NPD zeigten sich. Der Lautsprecherwagen kam - wie kann`s auch anders sein - vom Heisenhof bei Verden. Die dortige NPD-Jugend war ebenfalls angereist. Die Nazidemo verlief recht unspektakulär, am Rande kam es aber schönerweise immer wieder zu Pöbeleien der AnwohnerInnen gegen die Nazis.
Nachdem die Bullen die Nazis zurück zum Harburger Bahnhof eskortiert hatten, fuhr der größte Teil der Nazis Richtung Maschen und machte sich auf den Weg nach Meckelfeld, wo die „große Überraschung“ wartete: eine Party in einem Kleingartenverein. Diese Party (und kein Konzert!) wurde gegen 23.00 Uhr von den Bullen aufgelöst und die Nazis machten sich auf den Weg zurück nach Harburg, wo ca. 50 von ihnen auch gleich am Bahnhof eine Schlägerei anfingen. Danach machten sie sich auf den Weg um weiteren Streit in der Harburger Kneipenmeile zu suchen.
Ein anderer Teil (ca.15 Nazis) fuhr mit dem Zug zum Hamburger Hauptbahnhof, wo sie von einigen Antifas erwartet wurden und mit körperlichen Platzverweisen belegt wurden.
Ob hier die antifaschistische Interventionsperspektive liegt, sei vor erst dahingestellt).
Dass bei dieser Aktion auch zwei Zivis verletzt wurden, zaubert uns ein ziemlich breites Grinsen aufs Gesicht. Damit fanden die Antifa-Aktionen am 22.10 ihr gelungenes Ende.
Abschließend sei darauf hingewiesen das bei de.indymedia.org und www.antifainfo.de viele Berichte und Bilder nicht nur von der Demo, sondern auch von den Outings zu finden sind.

Also ihr wisst schon:
ANTIFA HEIßT ANGRIFF!

Anregung der Zeck Redaktion:
Bereits in der letzten ZECK erschien ein Artikel über „Einige Aspekte zur Unerfreulichkeit gegenwärtiger demonstrationskultur“. Darin wurde zwar entgegen seiner Versprechung kein Beitrag zur Überwindung der Demo-Tristesse gegeben, aber der unerfreuliche Zustand doch recht treffend dargestellt.
Im folgenden Artikel „Antifa reLOADED“ wird erneut eine Diskussion um Interventionspraktiken aus Demos gefordert.
Eine Möglichkeit ist die Vitalisierung des Kleingruppenkonzepts, das sich vor allem bei Antifa-Demos bewährt hat, wie am 31. Januar vor einigen Jahren in Kiel und am 29. Oktober diesen Jahres in Göttingen.
Fakt ist, dass auf Demos zum Thema Bauwagen und Wasserturm auch kaum noch Ausdrucksmöglichkeiten über Transpis bleibt, da mindestens die Seitentransparente verboten werden (und nebenbei bemerkt: Die Sprüche sind auch selten geistreich ...)
Kurz und gut: Wir finden es wichtig und interessant über Demostruktur und –praxis zu diskutieren. Daher fordern wir euch auf, Vorschläge, Kommentare und/oder Anregungen dazu an die Zeck zu senden, damit auf diesem Wege eine Diskussion geführt werden kann.

Kurzer Nachticker der Redaktion:
Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch am 29. Oktober in Göttingen:
+++ 250 Nazis +++ 3800 Bullen +++ ca. 5000 demonstrierende Bürger und Antifas +++ ca. 1000 Leute in autonomen Kleingruppen unterwegs: brennende Müllcontainer und 2 entglaste Burschenschaften +++

Das massaker im italienischen sant'anna di stazzema

oder wie in deutschland täter_innen(nicht)verfolgung aussieht

Am 12. august 1944 ermordeten 300 angehörige der 16. panzergrenadier-division „reichsführer ss“ unter dem vorwand der partisanenbekämpfung 560 einwohner_innen des norditalienischen dorfes sant'anna di stazzema. Dieses massaker an der zivilbevölkerung steht stellvertretend für 250 ortschaften, an denen diese ss-division insgesamt über 2000 zivilist_innen ermordete und eine blutspur durch norditalien zog. Ortsnamen wie sant'anna di stazzema, marzabotto, vallucciole (italien), oradour-sur-glane (frankreich), kragujevac (serbien), distomo, kommenco (griechenland) stehen hier für diese politik der verbrannten erde.

Am 22.6.2005 wurde vom italienischen militärgericht in la spezia das urteil gegen 10 ss-männer gesprochen, die 1944 an der durchführung des planmäßigen massakers an 560 menschen beteiligt waren: lebenslänglich. Die anklagebank leer. Die verteidigung legte gegen das urteil revision ein. Wenn das urteil in der revision bestätigt wird und damit rechtskräftig ist, könnte ein auslieferungsantrag gestellt werden. Nach der prozeßeröffnung in italien wurde in deutschland 2002 ein ermittlungsverfahren eingeleitet – bis heute wurde, bei eindeutiger faktenlage, keine anklage erhoben. Nach jahrzehntelanger untätigkeit schein jetzt das ziel der staatsanwaltschaft zu sein, weiter zu ermitteln, bis alle täter tot oder vollends senil sind. Einer anwältin der opfervertretung von sant' anna, die eine anklage erzwingen will, wurde und wird die hierzu notwendige akteneinsicht verweigert. Der höchstrangige noch lebende verantwortliche, unterscharführer (kompanieführer) gerhard sommer, lebt quietschfidel in hamburg.

Nach der anklageerhebung rief die „hilfsgemeinschaft auf gegenseitigkeit der soldaten der ehemaligen waffen-ss“ (hiag) zu spenden für sommer auf. Die hiag, in der alt- und neunazis vertreten sind, stellt sich schon durch ihre namenswahl in die nachfolge der in den nürnberger prozessen verbotenen ss.

Zum 55-jährigen jubiläum der hiag trafen sich drei wochen nach dem 8. mai an die 400 kamerad_innen in der nähe von hamburg. Abgesehen von einem journalist_innenteam war kein mensch vor ort oder anderswo, um dagegen zu protestieren. Warum auch, die hiag wurde sogar vom hamburger senat als gemeinnütziger verein eingestuft und genießt dadurch steuerliche vergünstigungen. Und bis 1992 gab es noch die bundesweite hiag, die in der vergangenheit gut mit politischen parteien, wie cdu und spd, oder auch der bundeswehr zusammengearbeitet hat.

Same shit, different names

Sant' anna ist kein einzelfall. Im fall friedrich engel führte das urteil eines italienischen gerichts zwar zur anklageerhebung. Nachdem das hamburger landgericht ihn zu einer 7 jährigen haftstrafe verurteilt hatte, hob der bundesgerichtshof das urteil wieder auf, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß die "erschießungen grausam waren".

Auch der fall bikker endete ohne konsequenzen. Obwohl der ss-mann schon 1994 durch ein niederländisches gericht verurteilt wurde, lehnte die deutsche regierung mehrmals den antrag ab, ihn auszuliefern. Als das verfahren gegen bikker endlich in deutschland vors landgericht kam, entschied das zuständige gericht, daß bikker „zu krank und handlungsunfähig“ sei. Wenn diese entscheidung bestätigt wird, kann bikker den rest seines lebens, ohne etwas zu fürchten, weitergenießen.

**60 jahre befreiung –
ein lippenbekenntnis!**

diese fälle fügen sich nahtlos in den umgang der deutschen gesellschaft mit der nationalsozialistischen vergangenheit ein. Mit der anerkennung einer abstrakten deutschen „verantwortung“ geht die abwehr von jeglichen theoretischen und praktischen konsequenzen einher.

Zwar führte deutschland am 8. mai 2005 der ganzen welt vor augen, wie toll die deutschen die befreiung feiern und sich gegen die am gleichen tag stattfindenen nazi-demonstration zur wehr setzen. Nicht erwähnt wurde, daß bis jetzt eine (juristische) aufarbeitung der vergangenheit nicht stattgefunden hat, „vergessen“, daß das in der zeit 33-45 zwangsenteignete eigentum nicht an die rechtmäßigen besitzer_innen zurückgegeben wurde, verdrängt, daß die sog. entschädigungen für die opfer des nationalsozialismus ein hohn für diese sind und die täter_innen von damals einen nicht hinterfragten bedeutenden platz in unserer gesellschaft haben.

Trotz der mangelhaften auseinandersetzung mit der vergangenheit stilisiert sich deutschland zum aufarbeitungsweltmeister und fordert aus dieser position, „sich endlich auch mal mit den deutschen opfern beschäftigen zu dürfen“, „opfern“ nicht nur des alliierten krieges, sondern auch des „hitler-regimes“. So werden also aus „reuigen“ täter_innen unschuldige opfer.

Im februar wurde in dresden sehr gut zur schau gestellt, wie das deutsche verhältnis zum ns aussieht. Zehntausende waren dort zusammengekommen, um zum ausdruck zu bringen, daß auch sie alle opfer waren. Verdrängt wurde, wer die züge nach auschwitz gefahren, wer in wehrmacht und ss gedient, wer die systematische vernichtung der jüd_innen durchgeführt hatte. Dresden wurde mit städten wie warschau, rotterdam, london und coventry auf eine ebene gestellt, und so eine vollständige verwischung der kategorien von tätern und opfern vollbracht. Bei der trauer um die opas, omas, usw. wurde vergessen, daß genau diese hitler 1933 an die macht gebracht hatten und ein maßgeblicher bestandteil der vernichtungsmaschinerie des nationalsozialismus waren. Wenn doch jetzt alle opfer sind, warum sollten dann ausgerechnet die nicht-deutschen entschädigungszahlungen erhalten, und warum sollten dann ausgerechnet die deutschen täter_innen bestraft werden.

Der nette mann von nebenan

Z.b. herr sommer. Der 560fache mörder lebt unbehelligt in einem wohnlichen altersdomizil, der cura-seniorenwohnanlage in hamburg-volksdorf. Der rüstige rentner hat sich „keine vorwürfe zu machen“ und ist in der umgebung als netter, lebenslustiger opa bekannt. Er hat als einziger der angeklagten von sant' anna über seinen anwalt revision einlegen lassen. Wenn das urteil voraussichtlich anfang nächsten jahres rechtskräftig wird, dürfte italien seine auslieferung verlangen. Allerdings wurde ein auslieferungsgesetz, nach eu-vereinbarungen beschlossen, von einem deutschen gericht kürzlich für ungültig erklärt. Auch wenn der ehemalige ss-mann seinen lebensabend anscheinend gern in volksdorf verbringen würde, wäre es doch an der zeit, herrn sommer ein altersdomizil in der toskana nahezulegen.

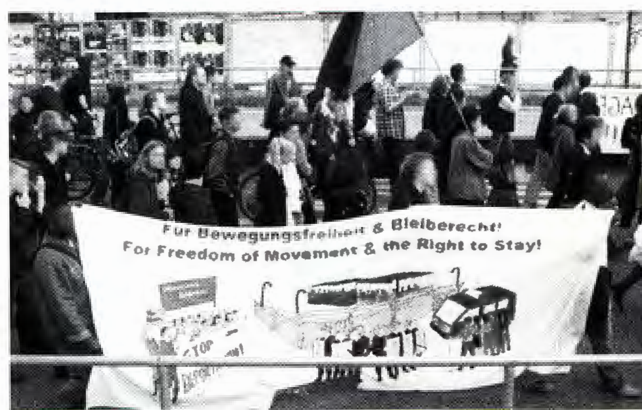
Für den 26. november haben verschiedene gruppen eine kundgebung in volksdorf geplant. Für terminänderungen und weitere infos haltet ausschau nach flyern und auf den üblichen seiten.

Ergänzung der Redaktion:
Am 12.August 2005, dem Jahrestag des Massakers von Sant Anna, wurden erstmalig Flugblätter in der Seniorenanlage Im Lerchenberg 4 sowie am Bahnhof verteilt und die Nachbarschaft darüber informiert, dass ein Mörder unter ihnen lebt und dass es zu einer Anklageerhebung kommen muss

Weitere Informationen unter:
www.kueste.vvn-bda.de

550 Menschen demonstrierten gegen das Abschiebungsgesetz





550 Menschen beteiligten sich an der Auftaktdemonstration der dritten Anti-Lager-Tour des No-Lager-Netzwerkes am 24.9.05

Die Demonstration begann um 12 Uhr am Bahnhof in Hesepe mit Redebeiträgen des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des No-Lager-Netzwerkes. Begleitet war dieser Auftakt von bunter Kultur und dem Aufzug von StelzenläuferInnen, die verschiedene fantasievolle Reittiere darstellten. Der Demonstrationszug setzte sich um 13 Uhr in Bewegung, an ihm nahmen auch ca. 50 BewohnerInnen des Abschiebelagers in Bramsche-Hesepe teil. Diese wurden besonders von der Demonstration begrüßt, denn da wieder einmal den TeilnehmerInnen der Aktion verweigert wurde, daß Lager zu betreten, um so mit Flüchtlingen in Kontakt zu treten, mußte die Isolation dadurch durchbrochen werden, daß die Flüchtlinge heraus kommen aus dem Lager, in dem sie sich sonst ausgegrenzt befinden.
Das Komitee für Grundrechte und Demokratie, welches in Kooperation mit dem No-Lager-Netzwerk zu dieser Demonstration aufgerufen hatte, forderte eine öffentliche Inspektion des Lagers, welche jedoch von der Lagerleitung untersagt wurde. Stattdessen wurde das Scheinangebot gemacht, daß eine kleine Delegation unter Führung der Lagerleitung die Einrichtung betreten darf, jedoch nicht den Bereich, in dem die Flüchtlinge untergebracht sind. Damit wäre eine Öffentlichkeit nicht gewährleistet gewesen, so daß dieses Angebot abgelehnt wurde.
Trotz dieser Vorgaben ist es gelungen, daß BewohnerInnen des Lagers Bramsche-Hesepe, gemeinsam mit den AktivistInnen des Grundrechtekomitees und des No-Lager-Netzwerkes, in dem auch viele Flüchtlinge aus anderen Orten der Ausgrenzung in Deutschland engagiert sind, gemeinsam die Forderung nach Abschaffung dieses Lagers und aller Lager in Deutschland und Europa zu formulieren und in die Öffentlichkeit zu tragen.
Eine sehr ausdrucksstarke Demonstration zog durch den Ort Hesepe zu dem Parkplatz vor dem Lager. Dort hatte die Polizei mit Absperrgittern dafür gesorgt, daß die DemonstrationsteilnehmerInnen in einem Abstand von 30 Metern von Zaun und Tor des Lagers ferngehalten werden. Damit wurde der Kontakt zu den Flüchtlingen, die sich noch innerhalb des Lagers befanden, selbst durch den Zaun hindurch erschwert oder unmöglich gemacht. Der Versuch, diese Absperrungen beiseite zu schieben, wurde durch den Einsatz der Polizei verhindert.
Von Seiten der Lagerleitung und der Polizei war vor den Aktionen zugesichert worden, daß alle Flüchtlinge, die sich beteiligen wollen, ungehindert das Lager verlassen dürfen. Diese Zusicherung wurde nur sehr unzureichend eingehalten. Jeder Flüchtling einzeln mußte bei einem Pförtner um Auslaß bitten, und nach jedem Flüchtling wurde die Pforte wieder geschlossen. Die Flüchtlinge mußten dann die Sperrzone der Polizei durchqueren und über die Absperrgitter klettern, teilweise wurden sie von PolizistInnen regelrecht über diese Gitter gescheucht. Einzelnen Flüchtlingen wurde zeitweilig auch das Verlassen des Lagers verweigert, vereinzelt unter Einsatz von Gewalt. Dennoch kamen immer mehr Flüchtlinge, unter ihnen viele Kinder zur Kundgebung vor dem Lager, einige von ihnen schilderten über die Lautsprecheranlage die inhumanen Bedingungen, unter denen sie im Lager leben müssen, oder berichteten von der Perspektivlosigkeit und den Ängsten vor der Abschiebung. Vor allem die Kinder machten sehr deutlich, daß sie es nicht verstehen können, daß ihnen nicht die Chance auf ein Leben in Würde und Freiheit gegeben werden soll. Gemeinsam von innerhalb und außerhalb des Lagers wurde immer wieder die Parole formuliert: „Das Lager muß weg – aber wir bleiben hier!“ Bis 17 Uhr dauerten die Aktionen mit Reden, Performances und Musik an, dann setzte sich der Konvoi aus Bussen und PKW Richtung Mecklenburg-Vorpommern in Bewegung, um dort an drei Orten die Aktionen der No-Lager-Tour fortzusetzen.
Im No-Lager-Netzwerk fordern Menschen mit und ohne Migrationshintergrund Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle. Menschen, die gezwungen sind, in Lagern zu leben, haben keine Bewegungsfreiheit, Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland und Europa haben nicht die gleichen Rechte wie der Rest der Bevölkerung. Zäune, die um Lager für Flüchtlinge herumgezogen sind, sind ein Symbol der Ausgrenzung, das wir nicht akzeptieren. Die Aktionen am Abschiebelager Bramsche-Hesepe haben deutlich gemacht, daß Flüchtlinge und UnterstützerInnen gemeinsam den Zaun überwinden. Die Aktionen werden jedoch erst dann ihr Ziel erreicht haben, wenn Lager, wie das in Bramsche-Hesepe endlich geschlossen sind.

Smash Fortress Europe

Hamburg: Demo Ceuta/Melilla + Fortress EU

Am nachmittag des 14.10. fand eine gut besuchte und lautstarke demo unter dem motto "offene grenzen - bewegungsfreiheit und gleiche rechte für alle" mit ca.400-500 teilnehmer_Innen statt. anlass waren die jüngsten vorfälle in ceuta und melilla, bei denen mindestens 14 personen starben, sowie die abschiebungen tausender migrant_Innen und flüchtlinge in die nordafrikanische wüste. aufgerufen zur demo hatten verschiedene gruppen des anirassistischen und autonomen spektrums hamburgs.
ab 16 uhr wurde sich am spanischen generalkonsulat im hamburger nobelviertel rotherbaum gesammelt. die kundgebung dort begann recht pünktlich, so dass sich die gruppe aus ca. 400 teilnehmer_innen schon um 16:30 in bewegung setzte. den mittelweg ging es hinunter durch das nobelviertel rotherbaum nahe der alster, entlang am dammtor und von dort in die innenstadt. über den gänsemarkt und den rathausmarkt lief die demo bis zum infopoint europa (in der handelskammer, adolphsplatz), einem pr-büro der eu, in dem auch zwei hamburger eu-abgeordnete ansässig sind (allerdings waren die am freitag nachmittag wohl eher nicht anwesend). nach einer kundgebung dort lief die demo noch ein paar meter weiter und endetet mit mehreren redebeiträgen auf dem rathausmarkt.

im laufe der route schlossen sich noch ein paar mehr leute an. es wurden flugblätter verteilt und einige passant_Innen waren auch recht interessiert. nach anfänglichen startschwierigkeiten entwickelte sich die demo lautstark und kraftvoll. parolen waren vor allem "kein mensch ist illegal - bleiberecht überall", "no border, no nation - stop deportation" und "um europa keine mauer, bleiberecht für alle, und auf dauer". die demo verlief recht friedlich, soweit ich es mitbekommen habe, gab es keine probleme mit der polizei, die sich für hamburger verhältnisse eher im hintergrund hielt. dies war nicht unbedingt zu erwarten, da diesmal nicht nur aus der antiraszene mobilisiert wurde, sondern auch aus dem umfeld der roten flora, welches sich ansonsten bei antira-aktionen (leider) eher zurückhält (setzerkommentar: naja, oftmals verliert sich antirapolitik hierzulande ja auch in sozialarbeierInnenpolitik)

in den redebeiträgen, die zum teil von den vor drei wochen stattgefundenen anti-lager-aktionstagen in bramsche, horst und schwerin übernommen wurden, wurde die abschottungs- und lagerpolitik der eu kritisiert. auch wenn die demo am spanischen konsulat startete, wurde klar gestellt, dass nicht spanien im besonderen zu kritisieren ist, sondern die rassistische abschottung von allen eu-mitgliedern, insbesondere auch deutschland und ganz besonders von otto schily, vorangetrieben wird. es wurde die schliessung aller lager, der stop aller abschiebungen und bewegungsfreiheit und gleiche rechte für alle gefordert.

es ist erfreulich, dass für hamburger verhältnisse so viele leute kamen und es bleibt zu hoffen, dass die leute am thema dranbleiben, es in den nächsten wochen weitere aktionen gibt und vielleicht auch aus dem flora-umfeld mal wieder mehr in richtung antirassismus kommt. die demo hat spaß gemacht und es war angenehm, dass sich das polizeiaufgebot in grenzen hielt und so die inhalte der demo und nicht ärger mit den schikanen der bullen im vordergrund standen.

mehr infos zum thema unter ww.nolager.de

Eropäischer Aufruf:

EUROPÄISCHER ZUG GEGEN DEN ZAUN: KEIN MENSCH IST ILLEGAL

4., 5. und 6. November '05

Die Tatsache, dass Menschen an den Landesgrenzen sterben, ist leider Nichts Neues. Bei weitem nicht in der südlichen Grenze Europas, da, wo sich Spanien und Marokko trennen: es genügt, an die vielen abtreibenden kleinen Boote zu denken, die jahrelang gefunden worden sind. Auch nicht neu sind die ungesetzlichen Deportationen (in die algerische Wüste oder nach dritten Ländern), oft von Asylbewerbern, deren Gesuch nie stattgegeben wurde.

Der Versuch der Menschen, die Landesgrenzen zu überqueren, ist auch keine Neuigkeit. Die Landesgrenzen dienen nicht so sehr als unüberschreitbare Sperren, sondern vielmehr als Deiche mit Schleusen, die festlegen, wer durch die Grenze darf, wie und um welchen Preis. Der Sprung über den Zaun, der die kolonialen Enklaven Ceuta und Melilla vom marokkanischen Staatsgebiet trennt, ist seit langem ein Zugangsweg nach Europa, vor allem für jene, die das verfälschte Visum, das Boot oder den korrupten Landpolizist nicht bezahlen können oder möchten.

Was hat sich also geändert an den letzten Ereignissen, die in Ceuta und Melilla passiert sind? Anders ist die Brutalität,



die die Grenzenregelung gewonnen hat: zum ersten Mal jetzt haben die öffentlichen Sicherheitsorgane gezielt geschossen gegen Menschen, die über den Zaun wollten. Und das Ziel haben sie auch in zu vielen Fällen getroffen (egal unter welcher Fahne, da der "Zusammenarbeitsgrad" immer höher wird). Zum ersten Mal jetzt sind Wanderer zu Orten in der Wüste deportiert worden, wo keine anderen Menschen, kein Wasser und keine Nahrung zu finden sind.

Anders ist auch die Zahl der Menschen, die über den Zaun wollten. Vielleicht wegen dem SIVE (Integralsystem für Außenüberwachung), dass die Straße von Gibraltar überwacht und dazu zwingt, andere Wege zu suchen? Oder wegen den steigenden Preisen, die das Schmugglernetz verlangt? Oder etwa wegen der steigenden polizeilichen "Zusammenarbeit" zwischen Spanien und Marokko, und infolgedessen wegen dem Druck, den die marokkanische Staatsgewalt auf die Menschen ausübt, die über Marokko in den Norden auswandern wollen? Dies sind höchst wichtige Faktoren, die uns zum Nachdenken zwingen: Warum ist die südliche Grenze zur militarisiertesten aller Grenzen Europas geworden?

Es gibt noch mehr Sachen, die bei dieser Gelegenheit anders sind: durch Fernsehen und Radio sind diese Ereignisse in uns gegangen; diesmal haben sie unsere Zuneigung gewonnen und diesmal ist es nicht möglich, sie zu ignorieren. In verschiedenen Orten Europas sind Versammlungen, Nachtwachen und Demonstrationen organisiert worden, die gesagt haben: basta! Wir haben genug von Mord, genug von mörderischen Deportationen, genug von Schlagen und Quälerei, genug von Kapitalanlagen für das Militarisieren der Grenzen.

Autonome Gruppen und Organisationen, soziale Mitteilender, europäische Mitbürger aus hier und dort, Nachbarschaftsverbände, Gemeindeversammlungen und Plattformen von Einwanderern aus verschiedenen Orten Europas haben sich dazu entschlossen, an den Zaun von Ceuta zu gehen, damit unser Wort und unser Basta! laut und deutlich wird. An den Zaun wollen wir, an den Ort, wo ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen der europäischen Demokratien begangen worden ist. An den Zaun als Symbol einer Grenzenregelung, die nicht nur aus physischen Schranken und militarisierten Überwachungszonen besteht, sondern auch aus einem Zugangssystem auf die Rechte, das Bürger ersten und zweiten Ranges schafft (und auch "nicht Bürger"). Dieses System erzeugt wirkliche soziale Apartheid, die die gesellschaftlichen Bande zerstören und unser Leben mit Angst vor den Mitmenschen füllen.

Wir laden euch alle ein, Frauen und Männer aus den verschiedenen Städten Europas, zu dieser Reise. Denn heute mehr als je zuvor, gegen die Grausamkeit, gegen die Vermehrung der Schranken und der ein-/ausschließenden Systeme in Europa, das Gemeinsame zu erzeugen bedeutet zu sagen: nein zum Zaun des Todes und zu alledem, was er symbolisiert: nicht in unserem Namen. Das Gemeinsame zu erzeugen bedeutet auch, sich mit denen zu verbünden, die die Grenze zu überqueren versuchen; sich auf ihr Recht auf Dasein einzusetzen, das auch unser Recht ist, ...in einer besseren Welt.

Startschuss für linksradikale G8-Mobilisierung

Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen und Mobilisierungen gegen die G8 Treffen 2006 in Petersburg und 2007 in Heiligendamm weisen wir hier auf die Broschüre „Eine Revolte ist eine Revolte ist eine Revolte" hin (Broschüre liegt u.a. im Infoladen Schwarzmarkt aus). Dort heißt es im Abstract (=Kurzfassung):
„Diese Broschüre informiert über den Stand der Verfahren, die in Zusammenhang mit der Repression während des G8-Gipfels 2001 in Genua stehen. Trotz offensichtlicher Beweise ist seit dem Beginn der Verfahren gegen die Polizei im Jahre 2002 bisher kaum etwas geschehen. Dagegen stehen derzeit 25 GipfelgegnerInnen vor Gericht, die bis zu 15 Jahre Haft riskieren. Um wenigstens die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu verhindern, soll für die Unterstützung das Genua Legal Forum geworben werden, das seit 2001 um die juristische Aufarbeitung von Genua bemüht ist."

In diesem Sinne: Genua geht uns immer noch alle an!!!

Die ZECK-Redaktion

Am Wochenende vom 7.-9 Oktober fand in Hamburg ein Treffen statt um über die Mobilisierung gegen den G8 2007 zu beraten.

Der G8-Gipfel findet 2007 im Seebad Heiligendamm statt, einem Ortsteil von Bad Doberan. Bad Doberan liegt etwa 20 km von Rostock entfernt.
Das Wochenendtreffen fand statt auf der Basis einiger vorhergehender Zusammenkünfte, Plena und Workshops. Das erste dieser Treffen fand auf dem BUKO im April statt; dort nahmen etwa 80 Personen teil. Auf dem Prekärcamp im Wendland gab es einen 2tägigen Workshop zur Diskussion verschiedener Aspekte.

Das Wochenende war mit über 200 Leuten extrem gut besucht.
Teilgenommen haben Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Spektren und Ländern. Aus der Schweiz, Großbritannien, Frankreich und Polen waren TeilnehmerInnen vertreten; außerdem viele Flüchtlinge die in deutschen Flüchtlingslagern leben.
Auf dem Treffen wurden in Workshops verschiedene Themenkomplexe bearbeitet und im Gesamtplenum weiterdiskutiert: Inhalte, Praxis, Lokale Vernetzung/ Vorbereitung, Internationale Vernetzung/ Vorbereitung, Struktur und Kommunikation nach innen, Vermittlung nach außen/ Mobilisierung.

Aus allen Workshops gingen verbindliche Arbeitsgruppen (und natürlich wie immer: Mailinglisten) hervor, die konkrete Ergebnisse auf einem Folgetreffen im Januar vorstellen werden. Nächstes Jahr findet ein internationales Mobilisierungscamp in Mecklenburg-Vorpommern statt, zudem wird eine Infotour vorbereitet. Demnächst gibt es eine Homepage mit ausführlichen Texten und Terminen.
Bei der Mobilisierung für 2007 soll der Gipfel in Russland 2006 nicht ausgespart werden; eine Zusammenarbeit wurde verabredet. [Ergänzung der ZECK-Redaktion: Die Anwesenden einigten sich, sich auf die PGA-Eckpunkte als Grundlage für das Bündnis.]

Noch unklar, aber schon breit diskutiert ist die Frage wie sich die linksradikale Organisierung zu den anderen Gruppen

und Bündnissen verhält, die sich bereits auf den G8 2007 vorbereiten (z.B. Attac, BUKO, Strategie- und Aktionskonferenz der sozialen Bewegungen, ESF). Auf dem Treffen waren auch VertreterInnen der Interventionistischen Linken (IL). Die IL bereitet ein Bündnis vor von autonomen Gruppen, Gewerkschaften, NGOs, Kirchenkreisen etc. Die linksradikale Organisierung könnte Teil dieses Bündnisses werden.
Bisher ist allerdings in Hamburg die Organisierungsform offengelassen worden. Auf dem nächsten Treffen soll entschieden werden ob die linksradikale Organisierung womöglich unter dem Namen „dissent!" weitergeführt wird. Dissent! ist das Netzwerk, welches für den G8 2005 gegründet wurde und nun, nach dem G8-Gipfel, in Großbritannien zu anderen Themen arbeitet.

Die linksradikale Organisierung ist erreichbar unter g8-2007@riseup.net.

DOKUMENTATION

„In der Nacht zum 17.10.05 verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein im Umbau befindliches Dienstgebäude des Auswärtigen Amtes (AA) in Berlin. Unter der Überschrift „No G8 2007 - die Verhältnisse zum Tanzen bringen!" agitierten die Verfasser einer später eingegangenen Bekennung u. a. gegen die - wie es dort heißt - „neue deutsche Außenpolitik, sprich Großmachtspolitik im ökonomischen und militärischen Sinne". Als eine der nächsten Stationen deutscher Außenpolitik bezeichnen sie die „Inszenierung und Ausrichtung" des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm. Vor diesem Hintergrund begrüßten die Verfasser ausdrücklich den Brandanschlag auf das Dienstfahrzeug (s.o.). Sich selbst ordneten sie „kritisch solidarisch" dem sich gegen das G8-Treffen formierenden „Widerstand" zu und wollen ihre „Aktion" als einen „Debattenbeitrag für eine ‚offene militante Plattform'" verstanden wissen."

Quelle: Aktuelle Mitteilung des Landesamt für Verfassungsschutz (27.10.2005



Büttel der Exekutive

Prozess gegen die Aachener 4 endete mit hohen Haftstrafen – Interview mit Rechtsanwalt Martin Poell (Entnommen der aktuellen Ausgabe des ak).

Nach sechs Monaten ging in Aachen am 28. September 2005 der Prozess u.a. wegen fünffacher Geiselnahme gegen Anarchisten aus Spanien und Belgien zu Ende, die am 28. Juni 2004 nach einem Schusswechsel mit der Polizei in Aachen verhaftet worden waren.

Das Urteil des Gerichts, mit Vorsitz von Richter Dr. Gerd Nohl, lautet 14 Jahre für Jose, 13 Jahre für Gabriel, 3 Jahre und 6 Monate für Bart und 10 Monate auf 3 Jahre Bewährung für Begonia.
Das AK (analyse+kritik)
sprach mit dem Berliner Rechtsanwalt über den Prozess und die Urteile.

Ak: Am 28. September wurden Jose Fernandez Delgado zu 14 Jahren und Gabriel Pombo da Silva zu 13 Jahren verurteilt. Bart de Geeter erhielt drei Jahre und sechs Monate und Begona Pombo da Silva zehn Monate auf drei Jahre Bewährung. Hat Sie das Urteil überascht?
Martin Poell: Nach dem Gang der Hauptverhandlung kann hier nicht von einer Überraschung gesprochen werden. Es war seit längerem klar, dass das Gericht zu hohen Strafen verurteilen wird. Wenn man bedenkt, dass die Geiselnahme recht kurz war, ca. 20 Minuten, und die Geiseln wieder freigelassen wurden, fragt man sich, wie man dieses Urteil zu anderen Geiselnahmen als angemessen werten soll. Das Gericht ist fast an die Höchstgrenze des Strafmaßes gegangen. Ich bewerte dies als eindeutigen Strafzuschlag dafür, dass die Angeklagten sich vor Gericht nicht devot und obrigkeitshörig verhalten haben. Die Verurteilung von Bart erfolgte zudem, ohne dass ihm eine

Tatbeteiligung nachgewiesen worden ist. Er wurde verurteilt, weil er mit den falschen Leuten unterwegs war. Dies lässt sich treffend dem Begriff der Klassenjustiz bezeichnen.

Ak: Wird die Urteilsbegründung den besonderen Umständen dieses Verfahrens gerecht?
Martin Poell: Die Urteilsbegründung war ein Spiegel des Verfahrens, also eine Farce. In den Plädoyers der Verteidigung wurde die Staatsanwaltschaft für ihr Agieren in den Verfahren scharf angegriffen. Dies bezog das Gericht in der Urteilsbegründung in vollen Umfang auf sich. Das Gericht hat also – mit Sicherheit unbewusst – derartig mit der Staatsanwaltschaft identifiziert, dass es diese Vorwürfe auf sich projezierte. Ein solches Gericht kann nicht als unabhängig bezeichnet werden. Insoweit ist dem Vorwurf, dass nicht nach der Straf- sondern der Schauprozessordnung verhandel wurde, nur zuzustimen. Wie man der Begründung entnehmen konnte, hat das Gericht das Verhalten der Zuschauer den Angeklagten angelastet. Dabei waren den Angeklagten der grösste Teil der Anwesenden völlig unbekannt und sie haben diese zu nichts aufgefordert. Bemerkenswert ist auch, dass das Gericht ausdrücklich Dinge zum Nachteil der Angeklagten bewertet hat, die nicht Gegenstand der Hauptverhandlung waren. Es gab also nie die Möglichkeit, sich gegen die Vorwürfe zu äussern.

Ak: In welcher Atmosphäre hat der Prozess stattgefunden?
Martin Poell: Von Anfang an herschte eine angespannte Atmosphäre im Gerichtssaal. Dies begann schon mit den menschenunwürdigen Transportbedingungen von der JVA zum Gericht. Die Angeklagten wurden an Händen und Füssen gefesselt und noch zusätzlich mit einem Leibgurt gesichert. Ihnen wurden Säcke über den Kopf gestülpt und die Gehörgange mit Ohrstöpseln verschlossen. Sie mussten sich pro Transport mehrfach nackt entkleiden, um immer wieder körperlich durchsucht zu werden. Hiergegen richtete sich der Protest meines Mandanten, der nur noch mit einer Unterhose bekleidet zur Verhandlung erschien. Diese ihm einzig mögliche Protestform gegen die regelmässige Demütigung der Entkleidung war mehrfach Ziel heftiger Attacken der Staatsanwaltsschaft. Auch die Zuschauer wurden von Beginn an in verschiedene Gruppen selektiert und peinlichen Leibesvisitationen unterzogen, was darin gipfelte, dass die Mutter meines Mandaten teilweise entkleiden musste. Personaldaten der Zuschauer wurden an die Polizei weitergegeben, dort überprüft und wohl auch gespeichert. Im Gerichtssaal selber waren bewaffnete Polizisten, vor dem Gericht patrouillierten bewaffnete Beamte mit Maschinenpistolen. Zusammenfassend muss gesagt werden, dass das Gericht vom ersten Tag an bemüht war, die Atmosphäre eines Hochsicherheitstraktes zu schaffen. Leider haben sich hierdurch tatsächlich viele vom Besuch der Verhandlung abhalten lassen. Unser dank geht daher an dieser Stelle an all jene, die sich trotz der anhaltenden Demütigungen nicht abhalten liessen, zum Prozess zu erscheinen.

Ak: Wie wurden die restriktiven Sicherheitsverfügungen begründet?
Martin Poell: Die „Sicherheits"vorkehrungen wurden seitens des Gerichts nicht begründet, sondern lediglich darauf hingewiesen, die Polizei wünsche es so und würde die Angeklagten nicht zum Gericht transportieren, wenn es nicht so laufe, wie sie es wollen. Dem hat sich das Gericht einfach untergeordnet, und sich also auch hier willig zum Büttel der Exekutive degradieren lassen. Dabei hat es zu keiner Zeit einen Vorfall gegeben, der diese Show gerechtfertigt hätte.

Ak: Der Vorsitzende Richter Dr. Gerd Nohl räumte in der mündlichen Urteilsbegründung ein, dass Gabriel und Jose nach ihren Erfahrungen in spanischen Knästen, wo sie über zwanzig Jahre zum Teil im berüchtigten FIES-Isolationsregime inhaftiert waren, „natürlich" anders reagieren gegenüber Polizei, Gericht und ähnlichen Institutionen. Hat sich diese Haltung des Sitzungsvorsitzenden ihrer Meinung nach an irgendeinem Punkt im Verfahren oder im Urteil niedergeschlagen?
Martin Poell: Diese Aussage kann ich nur als vorgeschoben bezeichnen, da sie sich im Verfahren und auch im Urteil nicht niedergeschlagen hat. Wir haben Anträge gestellt, um das Thema der Folter in Spanien anhand der Erlebnisse von Gabriel und Jose zu belegen. Dem wurde nicht nachgegangen. Wir haben dargelegt, dass beide durch erlittene Folter traumatisiert sind, und wollten Psychologen hören, die sich mit der Problematik auskennen. Auch die wurde abgelehnt, obwohl die anwesenden Psychologen unisono erklärten, keine speziellen Kenntnisse zu folterbedingter Traumatisierung zu haben.

Ak: Warum hat sich das Gericht geweigert, die Haftsituation von Gabriel und Jose in Spanien nachzugeben?
Martin Poell: Diese Frage kann letztlich nur das Gericht beantworten. In jedem normalen Prozess ist es eine Selbstverständlichkeit, die Hintergründe einer Tat und auch der Täter aufzuklären. Dies wollte das Landgericht hier nicht. Ich denke, dass das Gericht bewusst die Augen der Folter in einem EU-Staat verschliessen wollte, da es derartiges nicht wahrhaben wollte.

Ak: Was war das nun – ein politischer Prozess oder ein Fall von normaler bürgerlicher Justiz mit einer politischen Vorgeschichte?
Martin Poell: Dieser Prozess wurde seitens der Staatsanwaltschaft und dem Gericht von Anfang an als politisches Verfahren gegen Anarchisten geführt. Dies begann mit der Beschlagnahme der Post, die mit der Begründung erfolgte, man woll den politischen Hintergrund der Beschuldigten aufklären, auch wurde der Verkehr zwischen Bart und seinem Verteidiger mehrfach behindert. Zudem zeigte die Inszinierung im Gerichtssall deutlich die politische Ausrichtung seitens des Grichts. Dabei wurde von den Angeklagten nie behauptet, dass es sich bei dieser Geiselnahme um eine politische Aktion gahandelt habe. Sie haben selber immer betont, das, was geschehen ist, sei politisch indiskutabel. Natürlich hat mein Mandant seine politische Einstellung, natürlich diskutiert er diese und ist auch bereit, sich mit allen Interessierten auseinander zu setzen. Uns war jedoch immer klar, dass ein Gericht kein aktzeptabler Diskussionspartner ist.

Mehr Infos, Hintergründe etc. zu dem Prozess, Urteilen und den 4 Anarchisten unter:
http://www.escapeintorebellion.info





ROTE FLORA PROGRAMM

Mi. 02.10.05 Konzert
Reign of Bombs

Sa. 05.10.05 Ferrari@Rote Flora
„Ferrari" am Samstag, dem 05. November in der Roten Flora. Auf dem Reggae-Floor gehen die Soundsystems Kanga Roots und Soundquake an den Start, während auf dem Drum'n'Bass-Floor Cativo, D.M.N.K., KRIZ und Gerald Steyr um die Pole Position kämpfen werden.

Sa. 12.10.05 Flora und FSK Soliparty
Baukostensoli für die Rote Flora - Prozesskostensoli für FSK: "ABENDBLATT(6.10.2005): Wann gab es das letzte Mal in Hamburg eine Redaktionsdurchsuchung oder eine Razzia in Privaträumen von Journalisten? KUSCH(6.10.2005): Im November 2003. Dabei ging es aber nicht um den Vorwurf der Teilnahme an einem Geheimnisverrat, sondern darum, daß ein Journalist die Vertraulichkeit des Wortes verletzt hat und dafür auch verurteilt worden ist." Wir feiern zurück: Dancehall, Funk und Hip Hop mit dem Soli-Sound-System BURNING BUSCH, INCHSPEKTOR DROP OUT, KING TOBBY und N.E. STY-LES. 22 Uhr

So. 13.10.05 Konzert
Don't mess with Texas

Mi. 16.10.05 Veranstaltung zur Demo am 19.10.
"Think of the Revolution" - Info- und Mobilisierungsveranstaltung zu Konzept und aktuellem Stand der Wasserturm Demo vom 19.10.2003. Die Demo soll anders als üblich verlaufen - alle die mehr wissen wollen, sollten vor-beischauen um 20 Uhr.

Fr. 18.10.05 Dub Café Soli Party

Sa. 19.10.05 Konzert
Barra Head und Lack - Schon wieder BARRA HEAD in der Roten Flora könnte Mensch denken und das zurecht nach diversen großartigen Konzerten der Dänen in der Flora, doch diesmal kommen BARRA HEAD mit ihren Freunden LACK aus Kopenhagen im Gepäck und werden gemeinsam auf einer Bühne spielen. Das heißt 3 Gitarren, 2 Bässe, 2 Schlagzeuger, zwei am Mikrofon und 25 Songs - und das GLEICHZEITIG! weitere Infos: www.playrec.dk - www.lackat-tack.dk

So. 20.10.05 Konzert
Chainbreaker

Mi. 23.10.05 Konzert
Obrint Pas, ein hochprozentiger Mix aus Ska, Reggae, Punk & katalanischer Folklore und ein fester Bestandteil jedes Fiesta. Ihre Texte sind politisch, voller internationaler Solidarität, voller Hoffnung auf eine andere Welt und vor allem ein Aufruf, für diese andere Welt zu kämpfen.

Fr. 25.10.05 Konzert
NARCOLAPTIC (Punk aus HH)
Perlen an die Säue (Deutschpunk ebenfalls HH)
Emperors Choice (Hamburger Schule bis Punk aus HH)
Jernigan (HC aus dem schönen Siegen)
und very special guest
21 Uhr

Sa. 26.10.05 Irie Party

Regelmäßige Termine:
Montag: Kochsession veganes essen ab 19Uhr (essen ab 21 uhr), offene Motorradwerkstatt-schrauben und klönen ab 17Uhr, Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18:30-21Uhr, Archiv der sozialen Bewegungen Tel. 433007 - von 17-19Uhr
Dienstag: Dubcafé 19-23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café "Wie es euch gefällt" ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes essen ab 19 Uhr, Archiv der sozialen Bewegungen Tel.433007 - von 17-19Uhr